

...Danach wurde es in Deutschland ein bisschen länger als in anderen Ländern, bis die Maßnahmen wirken, aber der Wirkungszusammenhang

geriosen gaben 2010 an, bestimmt einmal Kinder haben zu wollen. 2008 waren es noch 43 Prozent. "Wenn wir diesen Kinderwunsch in Wunsch Kinder

An das Bundesministerium des Innern appellierte Gatzweiler, diese Überlegungen mit in die Demographiestrategie einzubinden und beispielsweise eine Dis-

Zunahme der Familienpflege kommt, liegt der Zusatzbedarf immer noch bei rund 150.000 Arbeitskräften in den nächsten zehn Jahren.

Seite 12

April 2011

Gegen die Projektitis

Studie des Berlin-Instituts empfiehlt eine Stiftung ländlicher Raum

(BS) Abermillionen Euro und immer noch die gleichen Probleme: Auch nach Jahren der Förderung hat sich an den Herausforderungen im ländlichen Raum nicht viel geändert. So sieht es zumindest das Berlin-Institut in seiner neuen Studie "Die demographische Lage der Nation". Carsten Köppl sprach mit Loring Sittler, Geschäftsführer des Generali Zukunftsfonds, der die Studie gefördert hat, über die Nachhaltigkeit von Fördergeldern und die Chancen des bürgerschaftlichen Engagements.

Behörden Spiegel: In der neuen Studie wird die Gründung einer "Stiftung Ländlicher Raum" empfohlen. Was soll deren Aufgabe sein?

Sittler: In der Studie haben wir festgestellt, dass im ländlichen Raum eine sogenannte "Projektitis" vorherrscht. Das heißt, dass einzelne Gemeinden, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Wohlfahrtsverbände Programme stricken, weil sie wissen, dass es dafür staatliche Zuwendung gibt und etwas abgesaugt werden kann. Wenn diese Programme laut Bundeshaushaltsordnung nach zwei bis drei Jahren auslaufen, fahren die Projekte meist gegen die Wand, weil keine Anschlussmittel mehr da sind.

Wir glauben, dass es wichtig ist, zu einem unbürokratischen Verfahren zu kommen, das Fördermittel bewilligt und infrastrukturelle gute Projekte permanent fördern kann. Dafür brauchen wir etwas außerhalb der Bundeshaushaltsordnung, also eine Stiftung.

Behörden Spiegel: Die Idee ist also, Fördergelder aus EU, Bund, Ländern und Stiftungen in eine große Stiftung zu stecken.

Sittler: Genau. Das ist vergleichbar mit dem, was wir für die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern geschafft haben. Da wurde eine riesige Stiftung mit allen gesellschaftlichen Mitteln aufgebaut. Man würde also für den ländlichen Raum alle bisherigen öffentlichen Zuwendungsgeber zwingen, einen Teil ihrer Haushaltsmittel in diese Stiftung einzubringen. Mit diesen Mitteln können dann gezielt Projekte gefördert werden, die sonst nicht gefördert werden können, weil sinnfreie Verwaltungsvorschriften dagegen sprechen.

Behörden Spiegel: Welche Gremien innerhalb der Stiftung würden entscheiden, wo welches Geld hingeht?

Sittler: Die Stiftung könnte öffentlich besetzt werden, beispielsweise aus der Ebene Bund das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Da müsste also eine gesamtgesellschaftliche Koordination der Entwicklungsmaßnahmen stattfinden. Es reicht aber nicht, wie seit Neuestem, die Städtebauentwicklung auf Zement zu reduzieren. In die Stiftung müssen auch Vertreter der Wirt-

kann man Kräfte bündeln und mit Anreizen die Leute in die Dörfer bringen, die man erhalten kann.

Mit gemeinsamen Projekten, wie einem Dorfgemeinschaftshaus oder öffentlichem Nahversorgungszentrum kann eine Mindestdaseinsvorsorge geschaffen werden. Das geht nur mit bürgerschaftlichem Engagement, alles andere ist zu teuer.

Behörden Spiegel: Zu den Bedingungen gehört auch der gesetzliche Rahmen. Die Bundesregierung erarbeitet zurzeit eine Nationale-Engagement-

Strategie. Ist diese derzeit geeignet, ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum zu fördern?

Sittler: Es handelt sich nicht um eine Strategie, möchte ich behaupten.

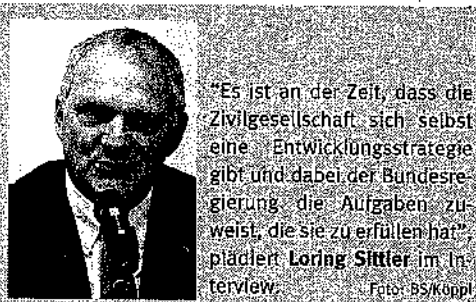
Denn das Papier, das Nationale-Engagement-Strategie heißt, enthält hat zwar gute, überaus verständliche politische Lyrik am Anfang. Darin heißt es sehr allgemein, dass alles vorangehen muss und alle zusammenarbeiten müssen. Aber im inhaltlichen Teil ist es ein Sammelsurium der über eine Vielzahl von Ministerien verteilten Programme, die ohnehin schon nebeneinander her existieren und nicht miteinander kooperieren, weil daran auch parteipolitische Interessen hängen. Die Bundesregierung hat keine Strategie. Und wir können auch keine Formate oder Organe erkennen, in denen in Zukunft besser als bisher koordiniert gesteuert und entwickelt werden soll.

Zweiter Punkt: Selbst wenn sie eine hätte, bliebe die Frage, ob die Gesellschaft diese haben will. Ich glaube, es ist höchste

Zeit, dass die Zivilgesellschaft sich selbst eine Entwicklungsstrategie gibt und dabei der Bundesregierung die Aufgaben zuweist, die sie zu erfüllen hat. Das ist nämlich vor allem, gute Dinge nachhaltig zu fördern und schlechte nicht zu fördern. Zur Zeit haben wir aber keine vernünftige Strategie, sondern eine Fragmentierung der Bundesprogramme und ebenso eine zivilgesellschaftliche Fragmentierung zwischen den Wohlfahrtsverbänden und den freien Trägern, bei denen jeder jeden belauert, weil es um öffentliche Zuwendungen geht.

Behörden Spiegel: Was sind die wichtigsten Punkte einer solchen Strategie?

Sittler: Ich glaube, dass die von uns vorgeschlagene Stiftung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung wäre. Bestimmte professionelle Infrastrukturen und Koordinationsgremien müssen dringend geschaffen und institutionell gefördert werden. Das macht der Bund gerade nicht, sondern mogelt sich so rum. Hier mal was im Bereich Altenarbeit und so weiter. Wir sehen zum Beispiel, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros, die absolut wichtig ist für den Erhalt dieser Vermittlungsstellen, Projektförderung bekommt. Seit Jahren schon, das ist mit Sicherheit an der Grenze zur Legalität und immer auf ein Mindestmaß an Zuwendung beschränkt. Dort kann also nichts richtig wachsen. Es wäre sinnvoll, diese Förderung der bisherigen Strukturen durch eine Stiftung auf Bundesebene, aber auch für den ländlichen Raum zu flexibilisieren und dann ganz gezielt Fördermittel zu vergeben. Gerade im ländlichen Raum könnte man schon mit wenigen tausend Euro nachhaltige und tolle Projekte ins Leben rufen.



"Es ist an der Zeit, dass die Zivilgesellschaft sich selbst eine Entwicklungsstrategie gibt und dabei der Bundesregierung die Aufgaben zuweist, die sie zu erfüllen hat", plädiert Loring Sittler im Interview. Foto: BS/Köppl

schaft und der Zivilgesellschaft integriert werden und zwar von Anfang an, keine Gruppe soll bevorzugt werden.

Behörden Spiegel: Die Studie untersucht auch das bürgerschaftliche Potenzial in Deutschland. Das Ergebnis: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann kann bürgerschaftliches Engagement die demographischen Probleme in ländlichen Regionen abmildern...

Sittler: ...genau, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wenn aber in einem Dorf nur noch hundert Leute wohnen, dann kann auch mit noch so viel Engagement kein Problem gelöst werden. Aber, wenn man langfristig eine vernünftige strategische Entwicklung anstrebt und sich jetzt schon überlegt, welche Regionen man halten kann und welche nicht, dann

d West
mogra-
gestellt

der so-
lichen
starke
egenen
sich.

Inter-
st vor-
Vandel
agt Dr.

or des
müsse
Anpas-
enwir-

e Bür-
einen
erhin-
ie. Da-
klare
ischen

n. Ge-
en der
er-Ge-
1 zehn
ite ein

erden.
müss-
enbe-
erden.
rsuch-

Proje-
ie ge-
e aber
Förde-
längig

oordin-
stitut
htung
beson-
ischen
lischen
ürden
agage-
iew).

stenlo-
w. ber